



Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

HAUSANSCHRIFT
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT
11014 Berlin

TEL +49(0)30 18 68 [REDACTED]
FAX +49(0)30 18 681-55038

IFG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Betreff: Informationsfreiheitsgesetz

hier: Umsetzung der Empfehlungen des 1. NSU-
Untersuchungsausschusses - Verlaufsstatistik zu poli-
tisch motivierten Straftaten

Bezug: Ihr Antrag vom 04. Mai 2017

Aktenzeichen: ZI4-13002/4#1094

Berlin, 11. Mai 2017

Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

mit E-Mail vom 04. Mai 2017 beantragen Sie auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Übersendung des von der Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Verlaufsstatistik erarbeitete Grundlagenpapier für eine Machbarkeitsstudie zu den Möglichkeiten und Bedingungen der Verknüpfung von Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik mit Daten der Justizstatistik zu einer Verlaufsstatistik.

Das erbetene Grundlagenpapier kann mangels Fertigstellung nicht übersandt werden. Die Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder-AG Verlaufsstatistik hat sich in mehreren Sitzungen mit der Thematik befasst, die Diskussion jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Abstimmungen über das Grundlagenpapier dauern weiterhin an.

Ich bedaure, Ihnen keine andere Auskunft geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
[REDACTED]